

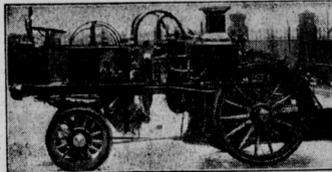
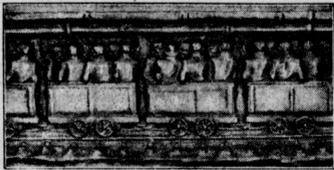
Volks-Zeitung

Mit „Unterhaltungs-Blatt“

Moden-Zeitung Sport-Zeitung
Film-Zeitung Haus u. Garten-Ztg
Techn.-Zeitung Witzblatt „ULK“

2 MAL TÄGLICH = 60 PFG. WÖCHENTLICH

Ein Helfer
„Berg-
arbeiter
fahren
in die
Grube“



Die erste
Dampf-
lokomotive
von Berlin

Der neue Metall-Schiedsspruch

Lohnkürzung ab 17. November 3 Prozent, ab 19. Januar weitere 5 Prozent Energische Preissenkungs-Aktion erwartet

Nach zehntägigen Besprechungen des Schiedsgerichts für die Berliner Metallindustrie wurde gestern abend kurz vor 8 Uhr der Schiedsspruch verkündet. Der Vorsitzende des unparteiischen Schiedsgerichts, der frühere Arbeitsminister Dr. Brauns, gab die Entscheidung für die Metallindustrie in folgendem Wortlaut bekannt:

Die Berliner Metallindustrie befindet sich, ebenso wie die gesamte deutsche Wirtschaft, in einer schweren Krise. Die Zahl der Arbeitslosen ist in Deutschland auf drei Millionen angewachsen und droht noch weiter zu wachsen. Das diese Krise auch wirtschaftlichen Charakter hat, befreit das deutsche Volk nicht von der Pflicht, alle seine Kräfte dafür einzusetzen, dass die Not nicht steigt, und alles zu tun, was eine Besserung erwarten lässt.

Dazu bedarf es wirksamer Preissenkung auf allen Gebieten. Wenn diese auch nicht allein von der Lohnseite erfolgen darf, so ist das Lohnkonto doch ein so wichtiger Bestandteil der Gesteuerungskosten, dass an ihm nicht vorbeigegangen werden kann.

Von einer Lohnsenkung kann allerdings die wünschenswerte Belebung der Wirtschaft nur dann erwartet werden, wenn dadurch die Kaufkraft der Massen nicht dauernd gesenkt wird.

Die Schlichter haben deshalb erwogen, ob nicht die Lohnsenkung in eine feste Beziehung zur Entwicklung der Preise, insbesondere der Lebensmittelpreise, gebracht werden könnte. Die Verwirklichung dieses Gedankens scheiterte indessen an der Möglichkeit seiner allgemeinen technischen Durchführung. Wenn gleichwohl die Schlichter im vorliegenden Falle eine Lohnsenkung in ihrem Schiedsspruch für unvermeidlich hielten, so geschah das in Kenntnis gewisser bereits eingeleiteter Massnahmen zur Senkung der Lebensmittelpreise und in der

sicheren Erwartung, dass die allgemeine Herabsetzung der Preise für die gewerblichen Produkte, wie auch der Lebensmittel von allen verantwortlichen Stellen mit grösster Energie weiter verfolgt wird.

Dabei kommt es aber darauf an, dass diese Preissenkung sich bis zum letzten Konsumenten durchzieht. In diesen Schlichtungsverhandlungen erklärten die Vertreter der Berliner Metallindustrie, dass eine erhebliche Senkung der Preise ihrer Produkte bereits erfolgt sei und weitere Senkung bevorstehe.

Was das Ausmass der Lohnsenkung anbetrifft, so haben die Schlichter erwogen, dass die Senkung der Lebensmittelpreise sich erst auswirken beginne und dass der Arbeiterschaft Zeit gelassen werden müsse, um sich auf die Lohnkürzung in ihrer vollen Höhe einzustellen. Mit dieser Abweichung haben sich die Schlichter Inhalt und Begründung des ersten Schiedsspruches zu eigen gemacht.

Die Schlichter sind sich bewusst, dass ihr Schiedsspruch eine über die Beilegung des vorliegenden Streitfalles hinausgehende grundsätzliche Bedeutung hat.

Damit soll jedoch nicht gesagt sein, dass die Einzelheiten dieses Schiedsspruches schematisch auf andere Fälle übertragen werden könnten. Unter Berücksichtigung der dargelegten volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte wird vielmehr jeder Fall nach seiner Eigenart zu beurteilen sein.

Die Schlichter waren bei der Gestaltung ihres Schiedsspruches an den Inhalt des noch laufenden Mantelarifvertrages, in dem ohne feststehende Einwilligung der Tarifvertragsparteien ein Eingriff nach einer bekannten Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts im Eisenkonflikt Nordwest 1928 nicht möglich ist, gebunden. Aus diesem Grunde musste es bei der im Mantelarif geregelten Festsetzung der Mindestlöhne der Arbeiterinnen über 18 Jahre sein Bewenden behalten. Aus dem gleichen Grunde konnte auch die Frage der Arbeitszeit in diesem Verfahren nicht behandelt werden. Auf Grund dieser Erwägungen fällten die Schlichter einstimmig den folgenden Schiedsspruch.

1. Der zurzeit geltende Lohnarif bleibt bis zum 16. November 1930 vollinhaltlich in Kraft.

2. Die bisherigen Tarifmindestlöhne werden vom 17. November 1930 bis einschliesslich 18. Januar 1931 in allen Gruppen um drei Prozent gekürzt.

3. Mit Wirkung vom 19. Januar 1931 vermindern sich die bis zum 16. November 1930 geltenden Tarifmindestlöhne um weitere drei Prozent für männliche und weibliche Jugendliche

unter 18 Jahren, und um weitere fünf Prozent für alle übrigen Gruppen.

4. Diese Regelung ist mit Monatsfrist kündbar erstmalig zum Schluss der Lohnwoche, in die der 30. Juni 1931 fällt.

Da das Schiedsgericht nach der Vereinbarung beider Tarifparteien zustande gekommen ist und die Parteien von vornherein erklärt haben, sich dem Spruch dieses Gerichts zu unterwerfen, gilt die Entscheidung für beide Parteien als verbindlich. Gewerkschaftliche Mittel zur Beseitigung des Schiedsspruches während seiner Geltungsdauer können nicht angewandt werden.

Dieser Spruch ist für die Berliner Metallarbeiter hart. Vierzehn Tage haben sie geschlossen und einmütig den Kampf gegen die Ablehnung des alten Schiedsspruches geführt. Was nun als Spruch verkündet worden ist, bedeutet im wesentlichen nur die Inkraftsetzung des alten Schiedsspruches in zwei Etappen. Sah doch der alte Schiedsspruch bereits eine Lohnkürzung von acht Prozent ab 3. November für alle Arbeiter über 18 Jahre und für die Löhne der Arbeiter unter 18 Jahre und alle Arbeiterinnen eine Lohnkürzung von sechs Prozent vor. Das einzige, was als ein Erfolg des Streikes verbucht werden kann, ist das, dass die volle Lohnkürzung von acht Prozent erst am 19. Januar 1931 in Kraft treten wird.

Die Metallarbeiterlöhne stehen in Berlin gerade nicht allzu hoch. Die Tariflöhne betragen in der ersten Gruppe hochqualifizierter Arbeiter 1,12 Mark, in der zweiten Gruppe 1 Mark, in der dritten etwa 95 Pfennig und in

der vierten Gruppe 84 Pfennig. Es muss nach diesem Schiedsspruch gefordert werden, dass nunmehr tatsächlich und sofort eine Senkung der Lebensmittelpreise einsetzt. Sonst wird sich dieser Schiedsspruch in seinen vollen Wirkungen nicht nur als untragbar, sondern auch unheilvoll erweisen, weil die vernünftigen und von Verantwortungsbewusstsein getragenen Gewerkschaftsführer gegenüber der Opposition in eine schwierige Lage kommen würden.

Aber noch aus einem anderen Grunde muss mit der Preissenkung sofort eingesetzt werden. Es heisst ja in dem Schiedsspruch ganz klar, dass die Entscheidung „eine über die Beilegung des vorliegenden Streitfalles hinausgehende grundsätzliche Bedeutung“ hat. Es wird nunmehr unweigerlich so kommen, dass auch in anderen Arbeitsgruppen mit der Herabsetzung der Löhne begonnen wird. Man braucht nur an die abgelauteten und schon gekündigten Metallarbeitertarife anderer Bezirke zu denken.

Die Metallarbeiter Berlins sind in den Streik gegangen in dem Gedanken, eine Entscheidungsschlacht für ganz Deutschland zu schlagen. Ihr Ziel, den im alten Schiedsspruch vorgesehenen Lohnabbau nicht nur für sich, sondern auch für die übrige Arbeiterschaft abzuwehren, haben sie nicht erreicht. Eine ungeheure Verantwortung liegt jetzt auf der Reichsregierung. Bringt sie es nicht fertig, gleichzeitig die Senkung der Lebensmittelpreise durchzusetzen, so sind die Folgen einer einseitigen Belastung der Arbeitnehmerschaft schwer abzusehen.

Feine Verteidiger! Eine unerhörte Erklärung der Anwälte von Klaus Heim

HAMBURG, 8. November. (Eigene Meldung.)

Wie schon kurz gemeldet, hat der Führer der holsteinischen Bombenleger, Klaus Heim, im Gegensatz zu der grossen Mehrheit der übrigen Verurteilten keine Beratung eingeleitet. Inzwischen erlässt seine Verteidigung eine Erklärung, die

einer Beleidigung der gesamten unabhängigen Richterschaft gleichkommt.

Klaus Heim wisse, so wird erklärt, dass die Richter Beamten des Staates sind und dass sie von den Menschen, die im jetzigen Staat die Gewalt hätten, angestellt und besoldet würden. Wenn andere Gewalthaber da wären, so würden die Richter sich genau so fügen, wie sie es 1918 getan hätten. Auch das Reichs-

gericht werde das als Unrecht bezeichnen, was die Angeklagten zur Rettung des deutschen Volkes getan hätten, das aber trotz des Spruches des Schwurgerichts Recht gewesen sei.

Der bekannte schleswig-holsteinische Romandichter Gustav Frenssen und die beiden dithmarsischen Bauernbünde haben an die Gattin des verurteilten Hauptangeklagten im Bombenlegerprozess Klaus Heim ein Schreiben gerichtet, in dem sie betonen, dass sie die Taten Heims zwar nicht billigen könnten, ihn aber weiter als den Ihrigen ehren (?) und anerkennen würden trotz der ehrenrührigen Strafe, zu der er verurteilt worden sei.

Expräsident Luiz wird verbannt

RIO DE JANEIRO, 8. November.

Die neue brasilianische Regierung hat den Entwurf eines Dekrets fertiggestellt, in dem die Verbannung des bisherigen Präsidenten Dr. Washington Luiz und des erwähnten Präsidenten Dr. Julio Prestes angeordnet wird. Der provisorische Präsident, Dr. Getulio Vargas, erklärte, dass er das Parlament in den nächsten Tagen auflösen beabsichtige.

Haltlose Beschuldigungen

gegen den Berliner Polizei-Vizepräsidenten

In der nationalsozialistischen Presse wird seit einiger Zeit der Berliner Polizeivizepräsident Dr. Weiss verdächtigt, er habe sich in bestimmten Fällen bei seinen dienstlichen Entscheidungen von anderen als sachlichen Erwägungen bestimmen lassen. Wie der „Ämtliche Preussische Pressedienst“ mitteilt, stellt demgegenüber das preussische Ministerium des Innern als die dienst-vorgesetzte Behörde des Berliner Polizeipräsidenten auf Grund eingehender Nachprüfung der Vorgänge fest, dass die gegen den Polizeivizepräsidenten Dr. Weiss erhobenen Beschuldigungen völlig haltlos sind.

Komm runter!



„Ich kann hier doch nicht alleine bleiben“

Novemberstürme — Novemberlehre

M.-H. Als Anfang November 1918 Völker und Führer der Mittelmächte erschöpft die Waffen aus der Hand sinken lassen, da glaubten kurzichtige Staatsmänner, mit Paragraphen die Welt wieder ordnen und so tun zu können, als ob das Leben der Völker nunmehr ungefähr wieder so weitergehen könnte wie vor 1914, vor der grossen Erdrerschütterung. Imerhin gab es damals auch Köpfe, in denen sich das Bild der Welt etwas anders abzeichnete. Diese sprühten, dass durch den Weltkrieg eine Lawine ins Rollen gekommen sei, die man nicht mit Unterschriften unter Friedensdikтатаufhalten könnte. Im Krieg kam eine Krankheit zum Ausbruch, die schon lange im Körper der Menschheit steckte. Die Beziehungen zwischen den Völkern, der Interessenausgleich im heraufsteigenden Zeitalter der Technik und der Ueberindustrialisierung fand in den verbrauchten Formen einer versinkenden Menschheitsepoche nicht mehr einen gesunden Ausdruck, und nirgends stand der Mut, neuen Zeitkräften neue Formen zu schaffen. Vor dem Krieg hat aber auch eine andere Krankheit schon der Menschheit die Ruhe genommen: der schroffe, bisher unveröhnliche Gegensatz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden. Der Krieg hat diese beiden Krankheiten nicht geteilt, nicht gebessert. Wenn nach den sogenannten Friedensschlüssen eine gewisse Beruhigung einzutreten schien, so war das nur eine Erschöpfungspause. Sieger- und Besiegervölker mussten sich erst von dem Bluttrausch erholen, der die Welt vier Jahre heimgesucht hatte. Die Frage, wie die beiden Krankheiten der Menschheit geheilt werden sollten, wurden 1918 nicht gelöst, nur vertagt. Und es zeigt sich jetzt, zwölf Jahre nach dem Kriegsende, dass die Menschheit nicht zur Ruhe kommen kann. Die Völker spüren, dass die Menschheit bei einer Fortdauer der wirtschaftlichen Anarchie und des ruhelosen Wett-eifers im Rüstungsspiel einer neuen Katastrophe entgegengeht.

Gewiss kann man sagen, dass manche von den politischen Ueberraschungen dieser Wochen auf den ersten Blick nicht gerade nach einer Hinwendung der Massen zur Völkerveröhnung oder nach einer Bekehrung der Besitzenden zum sozialen Ausgleich aussehen. Doch mit oberflächlichem Massstab darf man an die Beurteilung einer Unruheperiode, wie sie die ganze Welt jetzt erfasst, nicht herangehen. Die Völker sind erschrocken, die alten Formen sind durchlöcher, ein dumpfes Bewusstsein von der Unzulänglichkeit des Bestehenden hat die Massen in der Welt erfasst. Aber was ist natürlicher, als dass die Verzweifelnden zunächst blindlings von einem Führer zum andern hinüberwechseln, ohne dass man bei dem neuen Liebling besondere Rezepte für eine Besserung der Welt sähe — so ungefähr kann man das Hinüberströmen der amerikanischen Wähler vom republikanischen ins demokratische Lager beurteilen —, oder dass die Massen den Propheten radikaler Evangelien in die Arme laufen. Sie werden bald genug enttäuscht sich abwenden von den Modegrößen des Tages. Aber was dann?

Wir erinnern uns heute des deutschen Novembersturms vom Jahre 1918. Es ist kein frohes Gedenken, wenn man sieht, wie heute Millionen hinter Gaukern herlaufen, die die damals aus Trümmern gerettete Einheit des Reiches gefährden und die 1918 getarnten Untertanengeist Aufrechterhaltung feiern lassen. Heute scheint es

vergessen, dass die Arbeiterschaft, die 1918 die Macht dazu gehabt hätte, nicht nach russischem Muster die bürgerlichen Schichten an die Wand gedrückt hat. Die Grösse des nationalen Volksbewusstseins, die sich darin offenbarte, dass die Arbeiterschaft um der Einheit des Deutschen Reiches willen sich zur Demokratie, zur Gleichberechtigung aller Schichten bekannte, wird heute übersehen. Lassen, die damals vor Schrecken den Mund nicht aufzutun wagten oder noch auf den Schulbänken sassent, wagen es heute, von „Novemberverbrechern“ zu reden. Allzu viele Besitzende, die 1918 um die Sicherheit ihrer Geldschränke ätzten und wenigstens eine Ahnung ihrer sozialen Verpflichtung zu bekommen schienen, scheinen heute das alles wieder vergessen zu haben und glauben, mit dem Druckmittel der Arbeitslosigkeit den Arbeitnehmern jede Demütigung und jede Existenzverkümmern zuzumuten zu dürfen.

Nur wer im Augenblick befangen ist, kann denken, dass die Dinge in Deutschland und in der Welt so bleiben könnten, wie sie in diesen Wochen zu sein scheinen. Die Revolution, die der Weltkrieg eingeleitet hat, geht weiter. Die antikapitalistische Mehrheit im Reichstag sieht zwar etwas grotesk aus, und sie wird kaum wirksam werden,

und doch ist sie ein Symptom für die Stimmung der Massen, das die Besitzenden nicht übersehen sollten, wenn es ihnen nicht gehen soll wie den Machthabern, die 1918 von ihrem eigenen Zusammenbruch überrascht wurden. Der Rüstungswahn, der — man schau nach Genf — die Grossmächte beherrscht, ist bedrohlich, doch auch die Staatsmänner sollten sich nicht täuschen. Wie 1918 mit einem Male die Enttäuschung durchbrach und ein Volk in Waffen eines Tages eben einfach streikte, so könnte es schnell den Staatsmännern der Rüstungsstaaten gehen. Die Novemberstürme warnen. So plötzlich Hoover seine Mehrheit verlor, so unerwartet Mao Donalds Partei in den Nachwahlen geschlagen wird, so überraschend Mussolini und Stalin ihre Diktaturen wieder bedroht sehen, so grell Revolten auf französischen Kriegsschiffen in die Nacht nationalistischer Selbstsicherheit hineinleuchten, so jäh kann eines Tages ein Sturm gegen die rüstungsbessenen Staatsmänner und die Interessen einer wirtschaftlichen Anarchie losbrechen. Die Lehre des 9. November für Führende und Verantwortliche in aller Welt bleibt: Erfüllt das Gebot eurer Zeit, ehe es zu spät ist, ehe die Sturmflut der Verzweiflung euch wegschwemmt!

Noch kein Stillstand der Arbeitslosigkeit — Die Wünsche der Städte

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 16. bis 31. Oktober hat die zweite Hälfte des Monats Oktober die Arbeitslosenversicherung wie im Vorjahr mit einem Zustrom neuer Hauptunterstützungsempfänger belastet. Der Zugang um rund 70 000 (im Vorjahr 106 000), zu dem noch ein Mehr von rund 22 000 (Vorjahr 20 000) Krisenunterstützten hinzukommt, brachte die Gesamtzahl der Unterstützten in beiden Einrichtungen auf zusammen rund 2 072 000, wovon rund 1 561 000 auf die Arbeitslosenversicherung, 511 000 auf die Krisenunterstützung entfallen. Die Meldungen von Arbeitsuchenden bei den Arbeitsämtern beliefen sich am 31. Oktober auf rund 3 323 000.

Auf einer Besprechung des deutschen Städtetages entwickelte Dr. Mulert, der Präsident dieser Organisation, die Stellung der Städte zum Wirtschafts- und Finanzprogramm der Regierung. Dr. Mulert wies darauf hin, dass die Gemeinden bei den Regierungsentscheidungen leider unberücksichtigt blieben. Trotz rück-sichtloser Sparmassnahmen und Einschränkung aller nicht dringlichen Ausgaben, trotz Ausschöpfung aller Einnahmequellen

und Ausnützung der Steuern der Notverordnung würden die Gemeinden mit ihren grossen Schwierigkeiten nicht fertig werden.

Als Prüflin für die Wirtschaft bezeichnet Dr. Mulert die Senkung der Preise.

Die gerade bei den Lebensmitteln zu beobachtende Preisspanne abzubauen, sei die Aufgabe der Stadtverwaltungen. Durch örtliche Verhandlungen müsse dieses Ziel erreicht werden. Die Lohnsenkungsaktion könne auch nicht an den Gehältern der Beamten vorbeigehen, deren Senkung auf gesetzlichem Wege unerlässlich sei.

Zu den Einzelheiten des Regierungsprogramms übergehend, erklärte der Redner, dass

die Kürzung der Wohnungsubventionen vom Vorstand des Städtetags als unmöglich angesehen werde.

Ueberhaupt sei die Weiterführung der Gemeindefinanzwirtschaft nur möglich bei voller Beweglichkeit der Einnahmestellung. Hierzu sei die Einführung des Zuschlagsrechts zur Einkommensteuer schon zum 1. April 1931 zu fordern.

Die nationalistische Seuche Deutschenheute in Polen — Ein Schlag gegen die deutschen Wähler in Osterschlesien

WARSAU, 8. November.
Die Warschauer Studenten veranstalteten heute nachmittag im Hofe der Universität eine grosse gegen Deutschland gerichtete Kundgebung. Der Rektor hielt eine Ansprache, worin er von „der drohenden deutschen Gefahr“ sprach und zum nationalen Zusammenschluss aufrief. Dann sprachen noch einige

Curt Corrinth: „Sektion Rahnstetten“ Im Berliner Theater

Dieses „Gegenwartsschauspiel“ ist ein anständiges, menschlich-sauberes, kelnerweises wirkungsloses Theaterstück; man wird durch diese Eigenschaften warm dafür, durch spezifisch dramatische Werte bewogen man es nicht. Aber es ist heute schon etwas, wenn man die Schwächen einer Sache erkennt und doch zum Jasagen genötigt ist. Turmhoch steht diese „Sektion Rahnstetten“ über dem Ungeist, der sich in Bronnen „Rossbach“ stabilisiert. Politisch einseitig ist es gegenüber den „Gleichgeten“ des Herrn von Salomon. Und auf dem Wege zum Drama ist die Gewichtsverteilung, die Corrinth vornimmt, wenn man die Bravourarien daneben hält, mit denen Rehfisch bald um Applaus für Trotzki, bald für General Hoffmann wirbt. Und durch seine ausgesprochene, im künstlerischen Sinne freilich zu ästhetisch formulierte Humanität wird das Stück vielleicht Gutes stiften.

Corrinth zeigt im ersten Akt jene Jugend, die staatsfeindlich ist, Jungvolk ohne Lebensraum, Idealisten und Landknechtsnaturen im trauten Verein. Sektion Rahnstetten bekommt den Auftrag, durch Ermordung des Ministers (Stresemann ist gemeint) das Zeichen zur nationalen Erhebung zu geben. Der Mörder dringt zum todkranken Minister vor, Philipp entwarfent Posa, verhandelt Verführung des Mörders, stirbt im Zwischenakt. Die Femebrüder sind verzweifelt, dass durch den Strohrod des Ministers ihre Tat verpatzt ist, der Mörder soll wegen mangelnder Disziplin umgebracht werden. Der beste Freund des Mörders nimmt den Femerod auf sich, und Posa rettet den Carlos. Von Rahnstetten gestellt, sagt er vor seinem Selbstmord: Treue zu Menschen sei heiliger als Ideen, nur mit der Liebe, nicht aber mit dem Hass können grosse Taten entstehen.

Das die Handlung. Die Fehler sind so durchsichtig, dass man sie kaum darlegen muss. Dieses Gegenwartsschauspiel ist nur eine moderne Einleitung klassischer Szenen. Und während bei dem Femeklub wenigstens der Versuch zu einer Charakteristik da ist, lebt die Gestalt des Ministers nur von unserem Wissen, dass Stresemann gemeint sei. Und der Schluss biegt ganz und gar ins Private ab. Es liegt hier der merkwürdige Fall vor, dass das Gerüst schadhaft ist, aber die Weichteile sind brauchbar.

Die Regie (Joachim von Ostau) dieses Männerstückes hätte einen männlicheren Ton vertragen können. Peter Elsholz ist als Mörder zu verkrampt, als dass man sich schon über seine

Begehung schlüssig werden könnte. Lothar Körner hat als Rahnstetten zuviel von einem starren Fingerling. Carl Ludwig Achas als Freund ist zu äusserer Einseitigkeit geneigt. Die beste Leistung bietet Werner Pledath durch umsichtiges, sparsames Charakterisieren als Minister.

Die Aufnahme ist sehr freundlich. Lutz Weltmann.

Immer wieder: „Dreigroschenoper“ Theater am Schiffbauerdamm

Das „Hausstück“ des Theaters am Schiffbauerdamm, „Die Dreigroschenoper“, wurde zum drittenmal als Premiere aufgeführt. Obwohl das Theater schon einige hundert Aufführungen dieses prachtvollen Reissers hinter sich hat, war das Haus bis auf den letzten Platz besetzt. Man sah eine neue Polly: Helge Koerber. Sie ist eine Enttäuschung, viel zu blass, zu unentschieden, man hat den Eindruck, dass sie sich in ihrer Rolle höchst unglücklich fühlt, vielleicht sogar langweilt, was noch schlimmer ist. Hoerrmann als Mackie Messer spielt sich von Bild zu Bild freier, im Anfang ist er gekrampt, aber in der Gefährniszone bewandernswert.

Der grosse Gewinn: Lotte Lenja als Lucy. Sie ist die beste Lucy, die man bisher sah, sie ist der grosse Gewinn des Abends. Unmöglich die Jenny der Mathilde Lvovskij. Hermann Schaufuss ein Peachment, wie er sein soll, gerissen, brutal, dann wieder von fast kitschiger Weicheit. Ueberraschend Theo Lingens Tiger Brown. Kein rasender Feltberg wie Geron, sondern ein verweichtestes schmales Mäuschen, leicht sich schneid, mit öligem Scheitel. Dann noch viel gute Leistungen in kleinen und kleinsten Rollen. Blumen und Beifall zum Schluss.

Miss Luella Palkin, die in England, Spanien und Italien gefeierte Opera- und Konzertsängerin, gastiert auf Engagement an der Staatsoper am 15. November als Gilda in „Rigoletto“ und am 21. November als Königin der Nacht in der „Zauberflöte“.

Das fliegende Kabarett „Die Wespen“ veranstaltet am Montag, 10. November, abends 9 Uhr, im Schuber-Saal, Bülowstrasse 104 (Nollendplatz) einen weiteren „Abend Mitwirkender“: Christl Ehlers, Elise Eber, Annetta Hase, Elisabeth Neumann, Claire Solo, René Stobrawa, Fritz Genschow, Norbert Schiller, Conference: Rezi Langer, Leitung: Leon Hirsch, am Flügel: Claus Glauberg. In jeder Veranstaltung: 10 Minuten dem Autor. Diesmal spricht Hase von zwei Über: „Das Kabarett als Waffel“. Kartea erhältlich: Bote & Bock, A. Wertheim und an der Abendkasse.

Studenten, die den Boykott deutscher Waren und deutscher Filme verlangten. Die Studenten sagen dann, etwa 2000 Mann stark, unter Absingen deutscher Lieder vor ein Kino, wo gerade jetzt ein deutscher Film gegeben wird, wurden aber von der Polizei abgedrängt. Sie versuchten dann zur deutschen Gesandtschaft zu marschieren, doch sprang sie starke Riegel von Schutzmannschaften zu Pferde und zu Fuss die Strasse ab, in der sich das Gesandtschaftsgebäude befindet. Nachdem die Studenten längere Zeit Nieder-Rufe auf Deutschland ausgestossen hatten, folgten sie der Aufforderung des Rektors und zerstreuten sich.

Aus den Konzerten

Das Berliner Sinfonie-Orchester bietet auch in diesem Winter seinem Publikum in volkstümlichen Sonntags- und grossen Sinfoniekonzerten erlesene musikalische Genüsse. Die Heranziehung bewährter Kräfte zu solistischer Mitwirkung und die auf den Geschmack des grossen musikfreundlichen und musikübenden Publikums zugeschnittenen Programme sichern den Erfolg dieser Veranstaltungen. Im ersten grossen Sinfoniekonzert hörte man „Penthesilea“ von Hugo Wolf und die C-moll-Sinfonie von Brahms, vom Orchester unter der sicheren Führung Ernst Kunwalds mit Hingebung gespielt. Als Solistin wirkte Celeste Chop-Groenevelt mit. Eine in allem Technischen und Geistigen hochstehende Wiedergabe des B-dur-Klavierkonzertes von Bartokiewicz trug ihr wohlverdienten Beifall ein.

Ely Ney, eine der besten unter unseren Pianistinnen, besetzte an demselben Abend im Beethoven-Saal ein beifallsfreudiges Publikum. In der grossen C-moll-Sonate op. 111 von Beethoven kam ihr reifes, überzeugendes Musikantentum zur Geltung, in Werken von Liszt und Mozart ihr glänzende Technik. Ähnliche Eindrücke hinterliess auch der Klavierabend von Leonid Kreutzer. Die herrliche Schlussfuge der As-dur-Sonate op. 110 von Beethoven liess der Künstler ins Riesengrosse wachsen; Klang- und Stimmungserfolge verliert er. Mussorkis „Bilder“ einer Ausstellung, klar im Motivischen und geschliffen im Technischen spielte er die H-moll-Sonate von Chopin.

Einen Sonatabend gab Adia Fachri und Friedrich Wührer. Die junge Geigerin, eine Grossnichte Josef Joachim, verfügt über einen schönen, weichen Strich, eine schmiegsame Kantilene und auch die modulationsfähigen Ton, dem es nur noch an Kraft und Grösse fehlt. Der Pianist, der als Solist Beachtenswertes leistete, hätte sich darum im Zusammenspiel mehr Zurückhaltung auferlegen müssen. Sein Klavierspiel erdrückte stellenweise den Violinen. José Rogatschewsky, laut Programm erster Tenor der opéra comique in Paris, war eine grosse Enttäuschung. Abgesehen von einer unmöglichen Wiedergabe der Gralserzählung, konnten auch die französischen und russischen Lieder nicht an Kraft und Grösse fehlen. Der Pianist, der als Solist Beachtenswertes leistete, hätte sich darum im Zusammenspiel mehr Zurückhaltung auferlegen müssen. Sein Klavierspiel erdrückte stellenweise den Violinen. José Rogatschewsky, laut Programm erster Tenor der opéra comique in Paris, war eine grosse Enttäuschung. Abgesehen von einer unmöglichen Wiedergabe der Gralserzählung, konnten auch die französischen und russischen Lieder nicht an Kraft und Grösse fehlen. Der Pianist, der als Solist Beachtenswertes leistete, hätte sich darum im Zusammenspiel mehr Zurückhaltung auferlegen müssen. Sein Klavierspiel erdrückte stellenweise den Violinen. José Rogatschewsky, laut Programm erster Tenor der opéra comique in Paris, war eine grosse Enttäuschung.

„Die zärtlichen Verwandten“, ein Familienstück von Rodolphi Benedix, gelang in der Regie Gustaf Gründgens' Montag, den 10. November, in den Kammerspielen zur Erstausführung.

Von der D.D.P. zur Staatspartei

Die Auflösung der Demokratischen Partei mit grosser Mehrheit beschlossen

HANNOVER, 8. November. (W. T. B.)

Auf dem demokratischen Parteitag wurde heute der Antrag des Parteivorstandes auf Auflösung der Deutschen demokratischen Partei und Überführung der Parteiorganisation in die Deutsche Staatspartei mit allen gegen 16 Stimmen bei einigen Stimmenthaltungen angenommen.

Reichstagsabgeordneter Dr. Hermann Fischer eröffnete und leitete den stark besuchten Parteitag. Er gedachte der Taten des letzten Jahres und begrüsste dann den Reichsfinanzminister Wittenberg, als Vertreter der Stadt Hannover den Senator Müller und als Vertreter der Liberalen Danzigs den Senator Herrmann. Als Vorsitzender des Parteitags führte Hermann Fischer u. a. aus: „Ihrer aller Zustimmung bin ich sicher, wenn ich mit dem aufrichtigen Dank an unseren bisherigen Führer Koch-Weser den ebenso aufrichtigen Wunsch verbinde, dass sein umfassendes Wissen und Können gerade in der heutigen Not unseres Vaterlandes uns nicht verloren sein möge. Ich bitte Sie um die Ermächtigung, dass wir diese unsere Gefühle Koch-Weser in einem Telegramm zum Ausdruck geben.“

Dann begann der Ehrenvorsitzende der Deutschen Demokratischen Partei, Oberbürgermeister Dr. Petersen, seine Rede, in der er u. a. heisst:

„Blicken wir auf die Arbeit der zwölf Jahre zurück, die gerade heute seit der Staatsumwälzung verlossen sind, so dürfen wir mit Stolz feststellen, dass diese Arbeit nicht möglich gewesen wäre, ohne das Mitwirken der Deutschen demokratischen Partei. Neben dem Verfassungswerk selbst galt es, den deutschen Volksstaat mit wahrem sozialen Geist zu erfüllen. Und wie im Innern ist auch nach aussen durch die Mitarbeit der Deutschen demokratischen Partei Deutschland wieder der Platz geworden, auf dem es heute steht.“

Die Deutsche demokratische Partei war keine Klassenpartei, keine ständische Gruppe und kein Interessententwurf, sondern war eine Partei, die Angehörige aus allen Schichten unseres Volkes zusammenfasste, war eine Einheit lediglich durch die Kraft der von ihr vertretenen weltanschaulichen Ideen. Das erklärt, weshalb die Sozialdemokratie, die auch während der grössten Zeit dieser zurückliegenden Jahre teilhabe an der Verantwortung, nicht in dem Masse an Anhänger verlor, wie die Deutsche demokratische Partei.

Heute gilt es den beiden grossen weltanschaulichen Gruppen

des Zentrums und der Sozialdemokratie eine wahrhaft liberale Partei der Mitte an die Seite zu stellen.

Die Schicksalsfrage lautet: Hat der Liberalismus noch parteibildende Kraft?

Für die Partei, von der wir hoffen, dass sie das Sammelbecken aller wahrhaft liberalen Volksgenossen werden wird, haben wir den Namen Deutsche Staatspartei gewählt.

Deutsche Staatspartei heisst, eine Partei, die sich zum deutschen Staat, zu der Idee des Staates von Weimar bekennt.

Jetzt kommt es darauf an, nachdem das demokratische Ziel verwirklicht ist, das Staatsideal des richtig verstandenen deutschen Liberalismus der Verwirklichung näherzuführen.

Der preussische Finanzminister Dr. Höpker Aschoff

führte als folgender Redner u. a. aus: Das Bündnis, das zu einer starken Partei der staatsbürgerlichen Mitte führen sollte, ist gescheitert an einem grossen Irrtum. Wir haben uns geirrt über die persönlichen Eigenschaften und die politischen Fähigkeiten der Führer der volksnationalen Bewegung. Wir haben uns geirrt über die volksnationalen Bewegung selbst. Diese Bewegung wird beherrscht durch den Jungdeutschen Orden, der mehr geirrt als der deutsche Staat. Das Bündnis mit der volksnationalen Bewegung ist dadurch zerstört. Aber ist darum die Idee der Deutschen Staatspartei falsch? Mit nichten! Die Idee der Staatspartei ist mehr denn je eine Notwendigkeit. Unsere Aufgabe ist

nicht leicht, aber wir glauben an ihren Erfolg, weil wir an das deutsche Volk glauben.

Im Anschluss an diese Referate entspann sich eine

lebhaft Debatte.

Als erster Diskussionsredner sprach der unabhängige Demokrat Dr. Braubach (Berlin), der unter stürmischem Widerspruch der Versammlung heftige Angriffe gegen die Deutsche Staatspartei sowie gegen Dr. Wünsch richtete. Dr. Schäfer (Köln) und Dr. Fischer (Köln) wiesen Braubachs Ausführungen zurück. Im Sinne einer Bejahung der Staatspartei sprachen Oskar Meyer, Dr. Falk und Gertrud Bümer. Professor Quide, von der Versammlung mit stürmischem Applaus begrüsst, bezweifelte die Notwendigkeit der Parteigründung und bedauerte den Verlust Koch-Wesers, für den Dr. Wünsch seiner Ansicht nach kein ausreichender Ersatz sei.

Für die Auflösung der Deutschen demokratischen Partei stimmte, wie oben mitgeteilt, eine überwältigende Mehrheit.

Damit war folgender Antrag des Parteivorstandes zum Beschluss erhoben: Der Parteitag möge beschliessen: 1. Die Deutsche demokratische Partei wird aufgelöst. 2. Die Organisation wird ganz auf die Deutsche Staatspartei übertragen. 3. Den Organisationsrat wird empfohlen, sich insgesamt der Deutschen Staatspartei anzuschliessen. Nach einer Schlussrede Fischers und nach Absingen des Deutschlandliedes war die letzte Tagung der Deutschen demokratischen Partei zu Ende. Am Sonntag vormittag wird sich die Deutsche Staatspartei konstituieren.

Van Hevel muss ausscheiden

Bei den Jagden gestürzt — Die neuesten Wertungen im Sechstagerennen

„Rundengewinne auf dem laufenden Band“, so müsste man die Ereignisse der gestrigen Abendstunden des 24. Berliner Sechstagerennens bezeichnen. Dass der Sportpalast ausverkauft sein würde, damit hatte man gerechnet, dass aber grundlegende Umwälzungen bereits nach stundenlangem Jagd noch vor der Abendwertung erfolgen würden, das hatten wohl die wenigsten erwartet. Ein grosser Teil der Zuschauer kam erst, als Rausch-

Hürten, die sich anfangs Reserve auferlegten, dem ermatteten Feld Runde auf Runde abnahmen und schliesslich mit zwei Runden Vorsprung allein in Front lagen. Bei dieser Jagerei gab es natürlich mehrere Stürze.

Am unglücklichsten kam van Hevel zu Fall und musste infolge eines Schlüsselbeinbruchs aufgeben.

Nach der 22-Uhr-Wertung, bei der es auch mehrere erfolgreiche Vorstöße gab, war der Stand des Rennens folgender: 1. Rausch-Hürten 17 P., zwei Runden zurück 2. Dinale-Tonani 42 P., 3. Manthey-Maczynski 7 P., drei Runden zurück 4. Elmer-Tietz 41 P., 5. Krüger-Funda 35 P., vier Runden zurück 6. Rieger-Kroschl 50 P., 7. Pijnenburg-Bräsenping 27 P., sechs Runden zurück 8. Lemoine-Peis 28 P., 9. Jan van Kempen-Mandelkow 10 P., sieben Runden zurück 10. Petri-Stübecke 72 P., 11. Lehmann-Wissel 15 P., acht Runden zurück 12. Piet van Kempen-Schön 73 P., neun Runden zurück 13. Demsey-Walthour 10 P. Debrucker führt als Ersatzmann.

Frankreich-Fahrt deutscher Pfadfinder.

In die Aula der Karl-Marx-Schule in Neukölln hatte der deutsche republikanische Pfadfinderbund Angehörige und Freunde geladen, um ihnen von einer Frankreichfahrt zu berichten, die 20 seiner Mitglieder gemacht hatten. Der Weg führte sie durch die Bretagne, und in Paris hatten sie alles bestaunt, was sehenswert ist. Prachtvoll die Art, wie uns ein Eindruck dieser Fahrt übermittelt wurde, prachtvoll die Fülle von Witzen und guten Einfällen, die aufgebunden wurden. Es wurden uns die Sprachstunden vorgeführt, die der Aneignung der notwendigen Französischenkenntnisse dienen sollten und die dann doch nichts genützt hatten, denn als man sich einen Aperitif bestellen wollte, wurde man nicht verstanden. Drei der Teilnehmer standen abwechselnd am Rednerpult und erzählten, dazu gab es dann zur Illustration immer wieder köstliche selbstgezeichnete Lichtbildkarikaturen, viel Musik und Gesang und sehr viel UK der verschiedensten Art. So sahen wir ein Stück des lustigen Lagerlebens, hörten die Lieder, die unterwegs gesungen wurden, liessen uns von den Tagen berichten, an denen es nur das meterlange französische Weisbrot zu essen gab und sahen die sauren Mienen vor uns, als der Provinzmeister eines Tages Abwechslung in das öde Einerlei bringen wollte und den misslungenen Versuch machte, aus Puddingpulver Frühstücksuppe zu bereiten. Wir haben aller sehr gelacht! Nirgendwo hatten die zwanzig Berliner Hass oder Feindschaft verspürt, überall wurden sie herzlich begrüsst.

Dem deutschen republikanischen Pfadfinderbund ist rasches Wachstum zu wünschen. Dieser frohe Abend hat ihm sicher manchen neuen Freund gebracht.

„Rote Fahne“ auf eine Woche verboten

Der Polizeipräsident teilt mit: Die Zeitung „Die Rote Fahne“ ist mit Wirkung vom heutigen Tage auf die Dauer einer Woche bis einschliesslich 16. d. M. verboten, weil der Artikel „Profiteure nichtig! Zügel!“ in der Nr. 202 der „Roten Fahne“ vom 8. November 1930 eine strafbare, ausdrückliche Billigung und Verherrlichung der gegen den Berliner Polizeipräsidenten Zörgiebel begangenen Gewalttätigkeit enthält.

Verantwortliche Redakteure: für Politik, Feuilleton und die Beilage Alfred Müller Hopp, für Gross-Berlin und den übrigen Teil des Blattes Heinrich Heppenheimer; für den Inseratenteil Bruno Scholz, sämtlich in Berlin. Für unverlangt eingehende Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin. Hierzu 4 Beiblätter.

ERZIEHUNG zur POLITIK

Zehn Jahre Hochschule für Politik — Festakt im Plenarsaal des Reichstags

Die Deutsche Hochschule für Politik kann in diesen Tagen die Feier ihres zehnjährigen Bestehens begehen. Anlass genug, in einer akademischen Feier Rück- und Ausblick zu veranstalten. Im Plenarsaal des Reichstags versammelten sich gestern mittag zahlreiche Männer der Wissenschaft, der Beamtenschaft, der Politik und der engere Anhängerkreis der Hochschule. Auch der Reichspräsident Lübe nahm an der Feier teil. Im übrigen aber hätte man sich wohl denken können, dass die Männer der praktischen Politik, die Parlamentarier, etwas zahlreicher Interesse für eine Veranstaltung gezeigt hätten, aus der mancher von ihnen vielleicht hätte profitieren können. Wie umgekehrt, nicht jeder Redner, der gestern zu Wort kam, den Hinweis als entbehrlich erscheinen lässt, dass der Mann der politischen Wissenschaft auch immer wieder von dem Mann der politischen Praxis lernen soll.

Der Präsident der Hochschule, Professor Ernst Jäckel, dem die Gründung und der Aufbau des Instituts in erster Linie zu danken ist, stellte diesem „Laboratorium der politischen Wissenschaft“ Politik als Gestaltung und Ordnung der Lebensgemeinschaft zum Ziel. Der Direktor der Hochschule, Dr. Arnold Wolters, gab einen Überblick über das umfangreiche Arbeitsgebiet der Hochschule, in dem ein beträchtlicher Teil des

politischen Nachwuchses aller Parteien

erzogen wird. Staatssekretär Dr. Zweigert überbrachte die Glückwünsche der Reichsregierung; weiter sprachen für das preussische Kultusministerium Professor Dr. Hans Peters, für die Berliner Hochschulen der Rektor der Universität Professor Dr. Deissmann, für die ausländischen „Institute für das wissenschaftliche Studium internationaler Beziehungen“ Professor Dr. Rappard und schliesslich für die Haager „Akademie für internationales Recht“ Professor Schücking.

Den Festvortrag hielt der Professor der Leipziger Universität, Dr. Richard Schmidt, der über das „Führerproblem in der modernen Demokratie“ sich verbreitete. Er glaubt, dass zwei Gruppen von Führern die Demokratie tragen. Die politischen Berufsgelehrten, d. h. die vorgebildeten Fachmänner, die einen bestimmten Bildungsgrad durchlaufen, und die sich selbst bildenden Staatsbürger, das heisst also der politische Selbstdemokrat der Parteipolitiker, der von seiner Gruppe präsentiert wird. Schmidt glaubt nur, wenn ein Gleichgewicht beider Gruppen bestehe, an ein gesundes Funktionieren der modernen Demokratie, und er erhebt zu ihrer Sicherung die stark akademisch amnante Forderung eines Kontrollorgans.

Politische Erziehung äussert sich zu allererst darin, dass man in der Politik nicht nur das für gut hält, dem man reslos zustimmen kann. Das gilt ganz gewiss für den strengdurchgedachten, auch formal befriedigenden Vortrag des Leipziger Professors.

Der Hochschule für Politik ist im Interesse des Staates, der ein bewusst gewordenes Staatsbürgerturn braucht, weiterhin und weitergehend Erfolg zu wünschen. Sie kann an ihrem Teile dazu beitragen, dass die Grundgesinnung der Demokratie, die

in dem stolzen Staatsbewusstsein des einzelnen

liegt, entscheidend Wurzel fasst. Dann wird das Stammtischgeheule nach dem politischen Genie, das vom Himmel fallen soll, als würdlose Kleinigkeit verurteilt werden. Dann werden wir auch vor den kostspieligen Abenteuer „eingebildeter Genies“ bewahrt bleiben.

Es gibt nicht nur Nazi-Studenten

Die Arbeit des Deutschen Studenten-Verbands

Die mancherlei lärmenden Kundgebungen nationalsozialistischer Studentenkreise lassen zusammen mit der reaktionären Haltung vieler Hochschulprofessoren vielfach den Eindruck entstehen, als ob die deutschen Hochschulen unheilbar und hundertprozentig reaktionär verseucht wären. Dem ist nicht so. Der Deutsche Studentenverband, die Dachorganisation aller republikanischen Studentenverbände, umfasst immerhin 28 000 Mitglieder. Und städtische Tausende, die zwar nicht korporativ angeschlossen sind, aber mit der verfassungstreuen Grundhaltung des Studentenverbandes sympathisieren, können noch dazu gezählt werden.

Dieser Studentenverband hat, wie er bei einer Zusammenkunft mit der Presse zu erkennen gab, sich für das laufende Wintersemester eine

energische Gegenwirkung gegen die nationalsozialistische Ueberschwemmung der Hochschulen

zum Ziel gesetzt. Mit seiner ersten Aktion wird er in wenigen Tagen herantreten. Vorträge bedeutender geistiger Führer sollen dazu dienen, den Studenten eine bessere geistige Kost zu vermitteln, als sie in nationalsozialistischen Agitationsveranstaltungen geboten wird.

Neben dieser Hauptarbeit geht der Ausbau der studentischen Selbsthilfe und die Arbeit an dem deutsch-französischen Austausch von Gedanken und von Menschen. Diese Arbeit erreichte im September 1930 in dem glänzend gelungenen deutsch-französischen Studententreffen in Mannheim ihren bisherigen Höhepunkt. Es ist dem Studentenverband, der sich auch den scharfen Kampf gegen die Korruption im öffentlichen Leben zum Ziel gesetzt hat, und dem die Mitarbeit an der Pflege der demokratischen Tradition und an der Herausgestaltung einer republikanischen Ideologie obliegen muss, der stärkste Erfolg im Kampf gegen die Mächte des Rückschritts und der dumpfen Gleichgültigkeit zu wünschen.

Schöne weiße Zähne: Chlorodont

Vorkriegspreis!
TUBE 60 Pf. u. 1 Mk.

